DER PARITÄTISCHE
PARITÄTISCHE FORSCHUNGSSTELLE

Berlin,
8. Juni 2010

Das Sparpaket der Bundesregierung II: Gefährdung des Aufschwungs und Verstärkung der regionalen Unterschiede

1. Gesamtwirtwirtschaftlichen Folgen des Sparpakets

Die Philosophie der „schwäbischen Hausfrau“ ist vielleicht tauglich, um das Sparpaket der Koalition zu schnüren; sie ist aber ganz sicher untauglich, um die wirtschaftlichen Folgen des Sparpakets der Bundesregierung zu beurteilen. Gut illustriert das Konzept der „schwäbischen Hausfrau“ allerdings das Niveau der gesamtwirtschaftlichen Diskussion in Deutschland. Hierzu passt dann recht gut die Erkenntnis des politischen Milchmädchens: „Man kann nicht mehr ausgeben, als man einnimmt!“ Eigentlich sollte es sich angesichts der Krise herumgesprochen haben, dass die Staatsausgaben nicht mit einer haus- oder betriebswirtschaftlichen Sicht zu beurteilen sind. Tragisch ist, dass die Medien - mit wenigen Ausnahmen - dieses politische Spiel einer gesamtwirtschaftlichen Verblödung mitmachen.

Die Bundesregierung spart im Vier-Jahreszeitraum 2011 bis 2014 rund 82 Milliarden Euro. Das entspricht im Zeitraum etwa 0,8 bis 0,9 Prozent des Bruttoinlandprodukts (BIP). Volkswirtschaftlich betrachtet werden jahresdurchschnittlich gerechnet diese 0,8 bis 0,9 Prozent des BIP der Wirtschaft entzogen. Damit sinkt aber die Gesamtnachfrage und die Investitionen gehen zurück. Mit dem Wissen um die künftigen Sparvor-

haben sinken die Investitionen für den Binnenmarkt bereits jetzt, da sich die Wirtschaft auf eine künftig geringere Nachfrage einstellt. Zudem hat in den letzten Jahren die Sparneigung der Bürger insgesamt zugenommen. Die Jahre vor der Krise wurden genutzt, um Schulden abzubauen, insbesondere gilt dies für Ostdeutschland. Es ist mehr als tollkühn zu erwarten, dass die Bürger plötzlich ihr Verhalten ändern und durch Entsparen oder zusätzliche Schulden die durch die staatliche Finanzpolitik entstehende Lücke ausfüllen.

Geplante Kürzungen Bundeshaushalt 2011-2014	**in Mrd. EUR**	**in Prozent**
	2011-2014	
Kürzungen insgesamt*)	**81,8**	**100,0 %**
- darunter Anteil Sozialbereich an Kürzungen	**30,3**	**37,0 %**
- darunter Anteil direkte Leistungskürzungen bei Arbeitslosigkeit und Langzeitarbeitslosigkeit)**	**22,9**	**28,0 %**

*) Rundungsdifferenz gegenüber Angaben Bundesregierung

**) mit Elterngeld, ohne Zuschuss Rentenversicherung Alg II und § 291c SGB VI

Deutschland hat in der Vergangenheit große Exportüberschüsse angehäuft. Erreicht wurde dies weniger durch überzeugende Produkte als durch Lohndumping („Lohnzurückhaltung“) beispielsweise gegenüber den Volkswirtschaften unserer Partnerstaaten in der EU. Zur Überwindung dieser Ungleichgewichte wäre es eher angezeigt, durch weitere Konjunkturprogramme und gezielte Politik, die Binnenkonjunktur anzukurbeln und für ein steigendes Lohnniveau zu sorgen. Die geplante Kürzung der Bezüge der Beamten und die dauerhafte Streichung von „mehr als 10.000 Stellen“ bis zum Jahr 2014 sind das Gegenteil des volkswirtschaftlich Vernünftigen. Naiv zu glauben, es bleibt im öffentlichen Dienst bei diesen „mehr als 10.000“ Stellenstreichungen. Es braucht wenig politische Phantasie, um vorauszusagen, dass die Bundesländer und die Kommunen jetzt noch weniger Hemmungen haben, weitere Stellen zu streichen.

Mit ca. 13,4 Prozent Beschäftigten im öffentlichen Dienst liegt Deutschland schon jetzt deutlich zurück hinter Großbritannien mit 14,1 Prozent

und den USA mit 15,4 Prozent. Der öffentliche Dienst übte bisher eine gewisse Ankerfunktion für den deutschen Arbeitsmarkt aus. Eine vernünftige Bezahlung und das für Arbeitnehmerinnen wichtige Prinzip „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ haben den Arbeitsmarkt stabilisiert. Diese Ankerfunktion wird geschwächt. Auch dies ist – abgesehen vom Verlust an staatlichen Dienstleistungen für den Bürger – volkswirtschaftlich schädlich.

Insgesamt gesehen geht das Sparvorhaben der Bundesregierung auf Kosten künftigen Wirtschaftswachstums, künftiger Steuereinnahmen und damit auch auf Kosten künftiger Generationen.

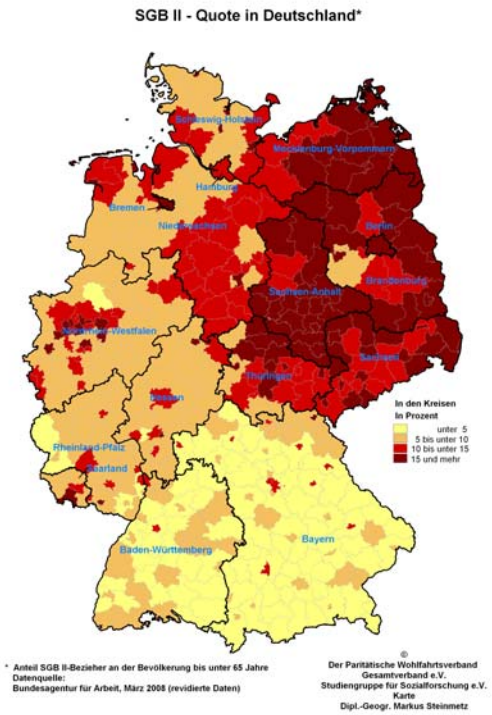
2. Regionalwirtschaftliche Folgen des Sparpakets

Zu den volkswirtschaftlichen Folgen der regierungsseitigen Sparvorhaben besteht, wie eingangs erwähnt, eine oftmals schräge Diskussion. Zu den raumwirtschaftlichen Folgen der künftigen Sparbemühungen existiert *keine* Diskussion, nicht einmal eine fehlgeleitete. Fatalerweise haben die finanzpolitischen Sparvorhaben der Bundesregierung teils recht unterschiedliche Wirkungen auf die Regionen in Deutschland.

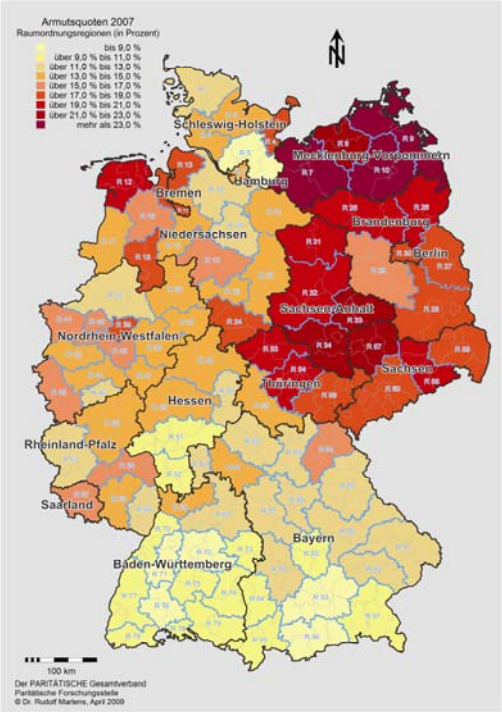
Abschätzung der Sparfolgen bei direkten Leistungskürzungen im Arbeitsmarktbereich	**in Milliarden Euro**	**in Prozent**
	2011 – 2014	
Deutschland	**22,9**	**100,0 %**
Westdeutschland	**15,2**	**66,4 %**
Ostdeutschland	**7,7**	**33,6 %**

Im Bereich Arbeitsmarkt bzw. Arbeitslosigkeit und Langzeitarbeitslosigkeit (direkte Leistungskürzungen) soll nach dem Willen der Bundesregierung zwischen 2011 bis 2014 die Summe von 23 Milliarden Euro eingespart werden. Dies ist der größte Posten innerhalb des Sparpakets. Es ist unmittelbar einzusehen, dass immer dort die Sparvorhaben im Bereich Arbeitsmarkt am stärksten greifen, wo die Arbeitslosigkeit und Langzeitarbeitslosigkeit am höchsten ist. Dies führt zu dem regionalwirtschaftlich schädlichen Effekt, dass Regionen mit hoher Arbeitslosigkeit –

und hoher Einkommensarmut – einen besonders hohen Entzug von Finanzmitteln erleiden. Dies sind aber genau die Regionen, die „eigentlich“ alles andere als eine finanzielle Sonderkürzung verkraften können. Mit geschätzt einem Drittel des Kürzungsvolumens von insgesamt 23 Milliarden Euro wird - gemessen an der Bevölkerung – Ostdeutschland sehr viel stärker belastet als das aus Sicht des Arbeitsmarktes und der Einkommensarmut besser dastehende Westdeutschland.



Verteilung der SGB II-Quote auf Kreisebene, Anteil an der Bevölkerung unter 65 Jahren. Den Kreisen, in denen die SGB II-Dichte (und die Arbeitslosigkeit) am höchsten ist, werden am meisten Finanzmittel entzogen. SGB II-Quote berechnet anhand von Angeben der Bundesagentur für Arbeit.



Verteilung von Einkommensarmut in Deutschland. Räumliche Grundlage sind 96 Raumordnungsregionen (Stadt-Umland-Konstellationen) in Deutschland. Karte entnommen aus: Martens, Rudolf (2009): Unter unseren Verhältnissen… Der erste Armutsatlas für Regionen in Deutschland.- Paritätische Forschungsstelle, Berlin

Das Sparvorhaben der Bundesregierung hat im Bereich der vorgesehenen Kürzungen am Arbeitsmarkt regionalwirtschaftlich besonders fatale Folgen. Gerade Regionen mit hoher (Langzeit-)Arbeitslosigkeit und Armut werden durch das Spardiktat der Bundesregierung besonders hart getroffen (Ostdeutschland insgesamt), härter als Regionen mit weniger

Arbeitslosigkeit und Armut (Westdeutschland insgesamt). Bei den hohen Volumina der Kürzungsbeträge 2011 bis 2014 werden so künftig die möglichen Erfolge regionaler Wirtschaftsprogramme zur Überwindung von regionalen Disparitäten mindestens z. T. vereitelt.

Neujustierung von Sozialgesetzen	**in Mrd. EUR**	**in Prozent**
	2011-2014	
Ersatz Pflicht- durch Ermessensleistungen (SGB II und SGB III)		
- Einsparungen Bund	6,0	19,8 %
- Einsparungen Bundesagentur für Arbeit	10,0	33,0 %
Abschaffung befristeter Zuschlag Alg II	0,8	2,6 %
Abschaffung Zuschuss an Rentenversicherung bei Alg II	7,2	23,8 %
Wegfall Erstattungen einigungsbedingte Leistungen an die Rentenversicherung (§ 291c SGB VI)	1,0	3,3 %
Effizienzverbesserungen bei der Arbeitsmarktvermittlung bei SGB II	4,5	14,9 %
Zwischensumme Arbeitsmarkt	**29,5**	**97,4 %**
Abschaffung Elterngeld bei Alg II	1,6	5,3 %
Begrenzung des Elterngeldes	0,8	2,6 %
Wohngeld (Streichung Heizkostenzuschuss)	0,4	1,3 %
Zusätzlicher Steuerzuschuss GKV*)	-2,0	-6,6 %
Summe Sozialkürzungen	**30,3**	**100,0 %**
nachrichtlich: Kürzungen insgesamt**)	81,8	
nachrichtlich: Anteil Sozialbereich an Kürzungen	30,3	37,0 %
nachrichtlich: direkte Leistungskürzungen bei Arbeitslosigkeit und Langzeitarbeitslosigkeit***)	22,9	28,0 %

*) einmaliger Zuschuss 2011

**) Rundungsdifferenz gegenüber Angaben Bundesregierung

***) mit Elterngeld, ohne Zuschuss Rentenversicherung Alg II und § 291c SGB VI

Dr. Rudolf Martens
Leiter Forschung
Paritätische Forschungsstelle
Der Paritätische Gesamtverband
Oranienburger Straße 13-14
10178 Berlin
Tel: +49 30-24636-313
Fax: +49 30-24636-130
E-Mail: forschung@paritaet.org